

**Kostenlose  
Hartz-IV-Beratung bei  
der LINKEN** Seite 8

**Flüchtlinge in Britz  
willkommen!** Seite 4

**Eskalation von Putin  
und Obama beenden**  
DIE LINKE zur Ukraine Seite 7

# Neu-Köllnisch

**DIE LINKE.**  
Bezirksverband Neukölln

LINKES INFORMATIONS- UND DISKUSSIONSBLATT · APRIL 2014

## „Stadtteilmütter“

Steht das Projekt „Stadtteilmütter“ wegen ungeklärter Finanzierung 2015 vor einem finanziellen Desaster? Die Fortsetzung der Arbeit mit den gegenwärtig 93 Stadtteilmüttern ist gefährdet. Da hilft auch kein warmer Händedruck von Bundespräsident Gauck. **Lesen Sie Seite 2.**

## „100-Millionen-Loch“ in Neukölln

Bei der Instandhaltung öffentlicher Gebäude in Neukölln besteht ein Investitionsstau von mehr als 100 Millionen Euro. Betroffen sind vor allem Schulen. Dort fehlen 80 Millionen Euro. Deshalb stinkt es auf vielen Toiletten. **Lesen Sie Seite 2.**

## „Ticketteilen!“



Foto: NaturFreunde Berlin

Legal ohne eigenes Ticket mit Bussen und Bahnen unterwegs sein. Wie geht das? Mit dem „ticket-teilenButton“. **Lesen Sie Seite 8.**

## Neubau

Die Mieten steigen weiter. Besonders beim Einzug schlägt der Vermieter auf. Das kennen viele aus leidvoller Erfahrung. Dagegen setzt der Senat den schnellen Neubau. Aber ist Neubau ein Allheilmittel?

**Lesen Sie Seite 8.**

**Faktencheck Seite 3:**

**Behauptungen des Senats**

**widerlegt!**



# Ja zum Tempelhofer Feld für alle!

## Stoppt den Senat: Nein zu Privatisierung und Spekulation!

**DIE LINKE.**

[www.berlin-entscheidet.de](http://www.berlin-entscheidet.de)

# Vorzeigeprojekt vor Finanz-Desaster?

## Warme Worte vom Bundespräsidenten für „Neuköllner Stadtteilmütter“ nutzen nichts

Bei seiner „Integrationstour“ durch Berliner Bezirke traf Bundespräsident Gauck Mitte März auch die „Neuköllner Stadtteilmütter“, die Problemfamilien im Kiez betreuen.

Er fand warme Worte der Anerkennung für das Engagement der Mütter aus unterschiedlichen Kulturen. Gehofft hatten sie jedoch auf Zusagen für die Zukunftssicherung des Projekts. Denn die Weiterbeschäftigung von rund 60 Prozent der Stadtteilmütter im kommenden Jahr ist ungeklärt. DIE LINKE Neukölln fordert Neuköllns Bürgermeister Buschkowsky auf, das Projekt „Neuköllner Stadtteil-

mütter“ im vollen Umfang weiterzuführen.

In der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung (BVV) wurde bereits am 26. Februar bekannt, dass das Projekt „Stadtteilmütter“ wegen ungeklärter Finanzierung 2015 vor einem finanziellen Desaster steht. Die Fortsetzung der Arbeit mit den gegenwärtig 93 Stadtteilmüttern ist gefährdet. Die geplanten Mittel des Bezirks und aus dem Programm Soziale Stadt weisen eine Finanzierungslücke für 54 Stadtteilmütter auf. Neuköllns Bürgermeister Buschkowsky (SPD) kennt das Problem, wenn er gegenüber den Bezirksverordneten erklärt: „Solange es keine Regelfinanzierung

gibt, wird das Stadtteilmütter-Projekt also nur über eine neue Beschäftigungsmaßnahme in dem bisherigem Umfang weiterlaufen können.“ Weiter kritisierte Buschkowsky den Berliner Senat, das Landesrahmenprogramm sei in dem Finanzierungsgefüge nur ein kleiner Mosaikstein.

Der Vorsitzende der BVV-Fraktion DIE LINKE, Thomas Licher, kritisiert: „Buschkowsky verdrängt offenbar, dass er als Bürgermeister von Neukölln politisch verantwortlich ist. Er hat in den vergangenen 10 Jahren versäumt, das erfolgreiche Projekt der Stadtteilmütter in die Regelfinanzierung zu überfüh-

ren.“ DIE LINKE Neukölln fordert Bürgermeister Buschkowsky auf, das Projekt der „Stadtteilmütter“ im vollen Umfang weiterzuführen. Die Finanzierung der noch nicht gesicherten 54 Stadtteilmütter seien notfalls mit Finanzmitteln des Bezirks sicherzustellen. Licher fordert deshalb: „Statt sich auf Kosten der Beschäftigten des Bezirks Neukölln als „Einsparmeister“ zu profilieren, sind die im Bezirk erwirtschafteten Überschüsse für eine dauerhafte Finanzierung der Stadtteilmütter zu verwenden.“ Im vergangenen Jahr hatte der Bezirk Neukölln einen Überschuss von 8,7 Millionen Euro „erwirtschaftet“.



Der NPJ-Trupp um Landeschef Schmidtke kam Ende Februar vor dem Rathaus Neukölln nicht zum Zuge. Sie wollten gegen die Bezirksverordnete Anne Helm (Piraten) hetzen. Durch eine Aktion bei den Antinaziprotesten in Dresden hatte Anne Helm die Aufmerksamkeit auf sich gezogen.



Fotos: KDH

Sie war danach von Morddrohungen von Seiten der Nazis betroffen. Gegen diese Hetze hatte DIE LINKE Neukölln kurzfristig eine Gegenkundgebung angemeldet. Den rund zehn Nazis standen schließlich 500 Gegendemonstranten gegenüber.

## Investitionsstau in Neukölln: mehr als 100 Millionen Euro

Bei der Instandhaltung öffentlicher Gebäude in Neukölln besteht ein Investitionsstau von mehr als 100 Millionen Euro. Betroffen sind vor allem Schulen. Dort fehlen 80 Millionen Euro.

Bereits im Januar hatte DIE LINKE die unzureichend arbeitende Heizung in der Fritz-Karsen-Schule in der BVV auf die Tagesordnung gesetzt. Bürgermeister Buschkowsky musste die Mängel einräumen. Kein Einzelfall: So sind bei einem Drittel der 65 Neuköllner Schulen die Heizungsanlagen überaltert und müssen ausgetauscht werden. Heizungsausfall im Winter, das bedeutet Gefährdung der Gesundheit. So war nach den Weihnachtsferien auch die Oskar-Heinroth-Schule betroffen und selbst im Rathaus Neukölln hat es während der kalten Tage im Januar eine Stö-



Vignette: Franz Zauleck

örung an der Heizungsanlage gegeben.

Das Bezirksamt Neukölln ist an dem unerträglichen Zustand nicht unschuldig. Die Haushaltsmittel für den baulichen Unterhalt sind in Neukölln mit 11 Millionen Euro pro Jahr für die große Zahl der Gebäuden viel zu knapp bemessen. In der Vergangenheit sind zusätzlich die

Mittel für die Instandhaltung der Gebäude zweckentfremdet verwendet worden. Beispielweise für den Ausbau des Gutshofes Britz. Allein in der Zeit von 2007 bis 2011 wurden über 15 Millionen Euro für den Ausbau des Gutshofes Britz ausgegeben. DIE LINKE meint: Dieses Geld wäre in Neukölln sinnvoller für Schulinstandsetzung verwendet worden.

Auf vielen Schultoiletten stinkt es. Selbst wenn man nur die Toiletten der Neuköllner Schulen sanieren würde, müsste man laut Aussage des Bürgermeisters dafür rund 50 Millionen Euro aufbringen.

Entgegen anderslautender Berichte verschärft sich der bauliche Zustand weiter.

Die Regierungskoalition aus SPD und CDU hatte den Berliner Bezirk Neukölln 2013 zusätzlich 25 Millionen

Euro zugesagt. Der Neuköllner Anteil wäre nur ein kleiner Beitrag zur Verbesserung der baulichen Situation an den Schulen. Aber zum Jahresende wurde das zugesagte und eingeplante Geld den Bezirken als Kredit verrechnet; es muss an die Landeskasse zurück gezahlt werden. Das steht im Widerspruch zur finanziellen Situation des Landes. Berlin hatte trotz der nach unten korrigierten Zuweisung aus dem Länderfinanzausgleich im letzten Jahr 2013 einen Einnahmeüberschuss von fast einer halben Milliarde Euro.

Aber Henkel und Wowereit geben die Steuergelder eher für fragwürdige Großprojekte wie beispielsweise den neuen Flughafen BER oder die geplante Landesbibliothek auf dem Tempelhofer Feld aus. RO



Foto: 100% THF

Am 25. Mai sind die Berlinerinnen und Berliner aufgefordert, am Tag der Europawahlen auch über die Zukunft des Tempelhofer Feldes abzustimmen. Mit mehr als 185.000 Unterschriften wurde der Volksentscheid von der Initiative 100% Tempelhofer Feld durchgesetzt. Der SPD/CDU-Senat will sich damit nicht abfinden und stellt ein eigenes Gesetz zur Abstimmung. Jetzt läuft die Propagandamaschine des Senats an: Wohnungsneubau auf dem Tempelhofer Feld wird zur Existenzfrage Berlins hochgejubelt, obwohl es anderswo – auch in Neukölln – genügend Bauflächen gibt. Behutsame Bebauung wird versprochen, obwohl Zehngeschosser im Gespräch sind. Alles soll angeblich in öffentlicher

Hand bleiben, obwohl Senatsvertreter auf internationalen Immobilienmessen um Investoren werben. Das Wiesenmeer soll angeblich erhalten werden, obwohl die Bebauung im Tempelhofer Damm, an der Oderstraße und im S-Bahnbogen den Charakter des Feldes nachdrücklich verändern würde. Und angeblich dürfte bei 100% Tempelhofer Feld nicht mal eine Parkbank oder ein Sonnenschirm aufgestellt werden. Der Senat verharmlost seine eigenen Master-Planungen und verbreitet Fehlinformationen. DIE LINKE.Neukölln ruft auf, mit Ja für „100% Tempelhofer Feld“ zu stimmen und widerlegt hier vier Argumente des Senats.

### **Der Senat will das öffentliche Feld privatisieren**

Das Feld ist als kostenloses Erholungsgebiet für viele Tausend Menschen aus den angrenzenden sehr dicht besiedelten Gebieten wichtig. Die Mehrheit der Kinder in Nord-Neukölln muss von Hartz IV leben. Viele Neuköllner können sich keinen Urlaub leisten, manche können ihren Kiez selten bis nie verlassen. Der Volksentscheid kann die Privatisierung an Investoren verhindern und das Feld für alle erhalten.

### **Der Senat plant Luxusbebauung, keine Sozialwohnungen**

Versprochen sind 850 Wohnungen von 6 bis 8 Euro Kaltmiete pro qm – von städtischen Wohnungsgesellschaften gebaut und mit Wohnungsberechtigungschein (WBS) gemietet. Dies sind keine Sozialwohnungen, sondern marktübliche Preise bei Neubau, die derzeit bei 7-8 Euro liegen. Diese Preis- und WBS-Bindung gilt zudem nicht dauerhaft. Die übrigen 3.850 von den insgesamt 4.700 Wohnungen sollen Luxuswohnungen sein.

Es ist illusorisch, dass 850 Wohnungen auf dem Feld den Wohnungsmarkt in Berlin entspannen. Sie sind eher ein Feigenblatt, um die Bebauung des Tempelhofer Felds gegen den Widerstand der Bevölkerung durchzusetzen. Nur ein Drittel der gesamten Bebauung sind Wohnungen, der Rest sind Gewerbe, Zufahrten und Bibliothek. SPD-Senator Müller lässt nirgendwo in der Stadt Sozialwohnungen bauen, überall entsteht Luxuswohnen und die Mieten steigen.

### **Es gibt ausreichend andere, erschlossene Bauflächen**

Der Senat listet in Berlin ausgewiesene Bauflächen für Wohnen und Gewerbe mit 2.900 Hektar auf, also ein Vielfaches des Tempelhofer Felds. Auch in Neukölln weist das Bezirksamt Möglichkeiten für über 12.000 neue Wohnungen aus – außerhalb des Felds. Diese Flächen sind preiswerter als das Feld, das besonders hohe Erschließungskosten hat: 300 Millionen Euro will das Land Berlin dafür zahlen. Alle Berliner subventionieren die teuren Wohnungen und das Gewerbe.

### **Der Vorschlag des Senats, die Mitte un bebaut zu lassen, ist kein Zugeständnis**

Der Senat verkauft sein Gesetz, 230 Hektar un bebaut zu lassen, als Zugeständnis, aber seine Bebauungspläne hat er nicht um einen Millimeter geändert. Gerade die Ränder des Feldes werden stark benutzt, ob zum Joggen, Grillen oder Picknicken, weil sie in der Nähe der Siedlungen liegen. Das Besondere am Feld ist seine Größe. Es versorgt die Stadt mit Frischluft und kühlt sie an heißen Sommertagen ab. Dies ginge mit der Randbebauung verloren.

#### **GEMEINGUT STATT BAUWUT**



Ein erstes Plakat der Initiative für den Volksentscheid.

### **Wie können wir Mieten bremsen?**

Seit der Eurokrise drängen vermehrt Immobilienspekulanten nach Berlin und treiben die Mieten hoch. Der Markt ist nicht in der Lage, die Bedürfnisse der Mieterinnen und Mieter nach bezahlbarem Wohnraum zu befriedigen. Deshalb sollte Wohnen eine öffentliche Aufgabe sein. Der Senat sollte privatisierte Wohnungen zurückkaufen. Die vorhandenen Wohnungen müssen zu bezahlbarem Wohnraum werden. Leerstand, Umwandlungen in Eigentumswohnungen und Ferienwohnungen müssen verboten werden. Mit gesetzlichen Regelungen wie Milieuschutz müssen die Interessen der Mieter durchgesetzt werden. Der Volksentscheid ist ein Mittel, Luxuswohnen auf Kosten der Allgemeinheit zu verhindern. Mit den Geldern für die Erschließung des Feldes könnte stattdessen wirklich sozialer Wohnraum geschaffen werden.

# Flüchtlinge willkommen!

Anfang März sind die ersten der erwarteten 400 Flüchtlinge in der neue Sammelunterkunft in der Britzer Späthstraße angekommen. Davor lebten in Neukölln neun Asylbewerber. Bei 315.652 Einwohnern sollte das eigentlich keine große Herausforderung sein. DIE LINKE heißt die Asylsuchenden herzlich willkommen und setzt sich für breite Bündnisse zu ihrer Unterstützung ein. Sie ist dafür, dass Sammellager für Asylsuchende so schnell wie möglich aufgelöst und die Flüchtlinge menschenwürdig in Wohnungen in Mehrfamilienhäusern untergebracht werden. DIE LINKE setzt sich ein für bezahlbare Mieten und Wohnungen für alle.

Seit Jahren weisen internationale Organisationen darauf hin, dass weltweit immer mehr Menschen in die Flucht getrieben werden. Dennoch wurden in den vergangenen Jahren die Plätze für Asylsuchende in ganz Deutschland kontinuierlich abgebaut. In Berlin dürfen Flüchtlinge zwar theoretisch auch in Wohnungen leben – sofern sie einen Vermieter finden, der an Asylsuchende und zu günstigen Mieten vermietet. Weil aber der Berliner Senat den Wohnungsmarkt

Spekulant\*innen überlassen hat, statt für mehr bezahlbare Wohnungen für alle zu sorgen, werden Flüchtlinge auch in Berlin zunehmend in Sammelunterkünften abgedrängt.

Auch der Neuköllner Bürgermeister Buschkowsky ghettoisiert die neu ankommenden Flüchtlinge lieber in einer eigens errichteten Sammelunterkunft in der Späthstraße anstatt sie in Mehrfamilienhäusern über Neukölln verteilt unterzubringen.



Was können wir zu einem solidarischen Miteinander von Anwohnern und Kriegsflüchtlingen beitragen? Darüber wurde bereits Ende Januar in der Fritz-Karsen-Schule engagiert diskutiert. Neben anderen berichtete Pazhreh Heidari, geflohen aus dem Iran, über ihre Flüchtlingserfahrungen in Deutschland. Jürgen Schulte, aktiv in einer Unterstützungsinitiative für die Flüchtlinge in der Späthstraße, zeigte Möglichkeiten praktischer Solidarität auf. Eingeladen hatte die Fraktion DIE LINKE in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung.

## Weshalb flüchten Menschen zu uns?

Flüchtlinge sind keine Kriminellen, sondern Menschen in Not. Niemand geht freiwillig in die Fremde, verlässt seine Heimat, seine Familie und Freunde. Die Auslöser sind Hunger, Arbeitslosigkeit, Umweltkatastrophen, Krieg und Vertreibung – das alles zwingt Menschen in die Flucht.

An ihrem Elend verdienen Großkonzerne aus den reichen Industrieländern. Folgende Beispiele sollen dieses belegen:

### 1. Beispiel Hunger

Jeden Tag verhungern weltweit 57.000 Menschen, insgesamt leiden auf der Erde 870 Millionen Menschen an Hunger und Unterernährung. Gleichzeitig werden die Preise von Nahrungsmitteln durch Börsenspekulationen hochgetrieben. Lebensmittel werden künstlich

verknappt, für die Ärmsten werden sie unerschwinglich. Zu den Großspekulant\*innen auf dem Lebensmittelmarkt gehören unter anderem die deutsche Allianz-Versicherung und die Deutsche Bank.

### 2. Beispiel Krieg

Jede Minute stirbt weltweit ein Mensch an den Folgen einer Gewehr- oder Handgranate, einer Landmine oder Drohne. Sehr viele Waffen stammen aus deutscher Produktion. Allein der Export des deutschen Sturmgewehrs G3 stieg im Jahr 2012 auf den Rekordwert von 75 Millionen Euro. Zu den Empfänger\*innen deutscher Rüstungsgüter und Hersteller-Lizenzen zählen Diktatoren und Terrorregime, die die Menschenrechte mit Füßen treten. In Afghanistan ist die Bundeswehr sogar aktive Kriegspartei.

## Wo kommen die Flüchtlinge her?

Es ist eine Lüge, dass Deutschland von Flüchtlingen überrannt wird: Weltweit sind 45,2 Millionen Menschen auf der Flucht, alle vier Sekunden wird ein Mensch gezwungen, seine Heimat zu verlassen. 29 Millionen von ihnen sind Binnenflüchtlinge, die Schutz innerhalb der eigenen Landesgrenzen suchen. 15 Millionen fliehen hingegen in andere Staaten, um Hunger und Not, Verfolgung und Folter sowie Terror und Krieg zu entkommen. Die weitaus größte Anzahl von ihnen, ca. 80 Prozent, findet eine Bleibe in einem Entwicklungsland, oft unter katastrophalen hygienischen Bedingungen. Nur wenige Flüchtende schaffen es bis nach Europa, davon ein Bruchteil bis nach Deutschland. Nicht zu Unrecht wird von einer Festung Europa ge-

sprochen, deren Mauern kaum zu überwinden sind.

Trauriges Sinnbild der europäischen Asylpolitik ist das Mittelmeer, das zunehmend zum Massengrab wird. Laut Pro Asyl sind dort in den vergangenen 25 Jahren fast 19.000 Flüchtlinge ertrunken. Führende Politiker\*innen vergießen Krokodilstränen, doch unternehmen nichts für die verzweifelten Menschen in den überfüllten Booten, sondern brutalisieren weiter deren Abwehr.

Selbst aus Syrien nimmt das relativ reiche Deutschland nur 5.000 Flüchtlinge zusätzlich auf, das sind 0,01 Prozent der Bevölkerung. Im Libanon hingegen leben 1,1 Millionen registrierte syrische Flüchtlinge – bei 4,5 Millionen Einwohnern entspricht das 25 Prozent der Bevölkerung.

Pleite für Nazi-Hetze gegen Flüchtlinge Die ersten Flüchtlinge waren ge-CEStopp die Asylantenflut ... Britz bleibt deutsch• warb. Doch die Handvollrade in der neuen Sammelunterkunft in der Späthstraße eingezogen als NPDE Leute blieb unter sich und fand keine Resonanz. Stattdessen stellten NPD per Postwurfsendung in der Nachbarschaft für ihre Kundgebung sich Antifaschisten vor die Flüchtlinge (unser Bild).

### Flüchtlingsunterkunft Späthstraße

In der neuen Flüchtlingsunterkunft in der Späthstraße wurden im Laufe des Monats März die 400 zur Verfügung stehenden Plätze belegt. Nach den bisherigen Erfahrungen geht das Bezirksamt Neukölln davon aus, dass mindestens 100 Kinder, davon etwa 2/3 Grundschulkinder und 1/3 Oberschulkinder, in den Schulen Neuköllns angemeldet werden.

In Neukölln wird es keine reinen Flüchtlingskinderklassen geben, sondern Willkommensklassen ... also Lerngruppen, die für alle neu zugezogenen Kinder und Jugendlichen ohne Deutschkenntnisse offen sind.

Schon jetzt sind einige Eltern und Lehrer der Hermann-Nohl-Schule mit der Britzer Initiative Hufeisern gegen Rechts vernetzt und beteiligen sich am Sammeln von Kleiderspenden für die erwarteten Flüchtlingsfamilien.

Quelle: Bezirksamt Neukölln.

# Solidarität ist in Britz kein leeres Wort

## Spendensammlung für die Britzer Flüchtlingsunterkunft

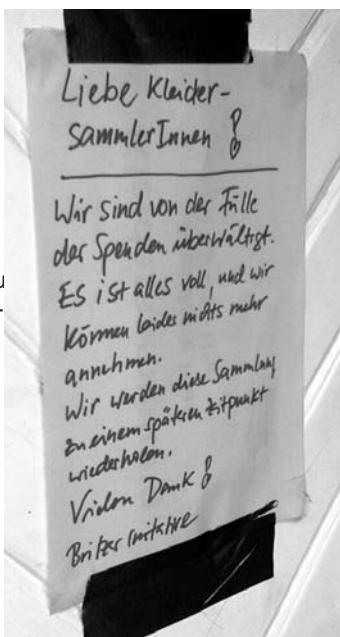


Foto: Hufeisern gegen Rechts

Bereits vor der Ankunft der ersten Flüchtlinge in der Späthstraße sorgen sich Britzer Anwohner bereits um das Wohlbefinden der zukünftigen Bewohner/-innen.

aktion soll zu einem späteren Zeitpunkt fortgesetzt werden. Unter den Spendern befand sich auch die Gesamtelternvertretung der Hermann-Nohl-Schule, an der zwei Willkommensklassen für die Flücht-

**M**itte Februar hatte die Anwohnerinitiative 'Hufeisern gegen Rechts' in der Sorge der Anwohner/-innen eine Hufeisen- und Krugpfuhsiedlung zu Bestätigung dafür, dass mit rechtlicher Sammlng von warmer Kleizeitiger Information und Diskussion und Kinderspielzeug für die über Flucht und Fluchthintergründe demnächst eintreffenden Flücht-Vorurteilen gegenüber und Auslinge aufgerufen. Innerhalb von viergrenzung von Flüchtlingen begeg-Stunden gaben Nachbarinnen undhet werden kann. 'Hufeisern gegen Nachbarn der neuen UnterkunftRechts' bedankt sich bei allen, die Spenden im Umfang von zwei LKWzu dieser Hilfsaktion beigetragen Transporten ab, vom Kinderwagerhaben. über den Kinderkaufmannsladen bis zur Daunenjacke. Nach wenigerDie Initiative 'Hufeisern gegen Stunden war der Lagerraum bis unRechts' ist zu erreichen über ter die Decke gefüllt. Die Sammel-fluechtlingshilfe@britzerinitiative.de.

## Mach mit! Informieren, diskutieren, mit den LINKEN aktiv werden!

Wenn Du im Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte siehst, dann kämpfe mit der Partei DIE LINKE für soziale Gerechtigkeit, für den demokratischen Sozialismus.

Kontakt: DIE LINKE.Neukölln, Wipperstraße 6, 12055 Berlin oder direkt bei Lucia Schnell, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln, 0176 24158769, lucia.schnell@die-linke-neukoelln.de oder Moritz Wittler, Sprecher DIE LINKE.Neukölln, 0178 6254914, moritz.wittler@die-linke-neukoelln.de

Ich möchte Informationsmaterial bekommen.  
Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.  
Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.  
Name: .....  
Anschrift: .....  
E-Mail: ..... Telefon:.....

# Europawahlen und Tempelhofer Feld

## Wie passt das zusammen?

Mit einem Aktionstag am 5. April startet die Neuköllner LINKE in die aktive Phase des Wahlkampfes zum Europaparlament und zum Volksentscheid über das Tempelhofer Feld.

Beide Entscheidungen haben viel gemeinsam: Es geht um die Demokratie und um das Kräfteverhältnis zwischen unten und oben. Wer setzt sich durch? Wie entwickelt sich dieses Kräfteverhältnis – zugunsten der arbeitenden Menschen oder zugunsten der Banken und Konzerne? Bezogen auf das Tempelhofer Feld: Wem gehört die Stadt? Den Menschen die hier leben oder denen, die mit öffentli-

chem Eigentum Profite machen wollen?

Auf dem Parteitag in Hamburg hat DIE LINKE ihr Europawahlprogramm beschlossen. Die Kandidatinnen und Kandidaten wurden nominiert. DIE LINKE kämpft um ein gutes Wahlergebnis mit den Kernthemen: Soziale Sicherheit, Löhne, Umverteilen in allen Ländern, Finanzmärkte regulieren, Banken verstaatlichen und unter demokratische Kontrolle stellen, Demokratie stärken.

DIE LINKE ist die einzige im Bundestag vertretene Partei, die eine grundlegende Alternative zur gegenwärtigen Krisenpolitik vertritt.

Das bedeutet, dass DIE LINKE deutlich wahrnehmbar die derzeitige Politik der EU und die deutschen Politik darin kritisiert. Die CDU will die Konzepte der deutschen Agenda 2010 auf die EU übertragen. Die Europapolitik der SPD ist von der Union nicht zu unterscheiden. Bei den Grünen wird darüber gestritten, wie die Öffnung zur CDU gestaltet werden soll. Die AfD streitet zwischen neoliberaler und nationalpo-

pulistischer Ausrichtung. Und europaweit nehmen Rechtsextreme und Faschisten die Europawahlen ins Visier, um ihre menschenverachtende Propaganda breit öffentlich zu machen.

Das Blockupy-Bündnis plant eine internationale Aktionswoche vom 15. bis 25. Mai gegen die Krisenpolitik von EU. DIE LINKE wird Aktionen in der heißen Wahlkampfphase in diesen Zusammenhang einfügen.



Die Neuköllner Delegierten Doris Hammer und Moritz Wittler auf dem Europa-Parteitag der LINKEN mit Lucia Schnell und Klaus-Dieter Heiser.

## Termine: DIE LINKE.Neukölln



**Bezirksmitgliederversammlung DIE LINKE.Neukölln**  
Montag, 31.3.2014, 18.30 Uhr  
in der Richardsschule,  
Richardplatz 14, 12055 Berlin  
Tagesordnungsvorschlag:  
1. Wahlkampf in Neukölln zum EU-Parlament  
2. Volksentscheid zum Tempelhofer Feld  
3. Sonstiges

### Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand Neukölln tagt parteiöffentlich in der Regel alle zwei Wochen donnerstags. Gäste sind herzlich willkommen.  
Donnerstag, 3.4.2014, 19 Uhr  
Donnerstag, 17.4.2014, 19 Uhr  
Donnerstag, 8.5.2014, 19 Uhr  
DIE LINKE, Wipperstraße 6

### Offenes Wahlaktiv

für den Wahlkampf zum Europaparlament und für den Volksentscheid zum Tempelhofer Feld  
Dienstag, 22.4.2014, 19 Uhr  
DIE LINKE, Wipperstraße 6

### Aktionstag des Bezirksverbands DIE LINKE.Neukölln

Wahlkampf zum Europaparlament und für den Volksentscheid zum Tempelhofer Feld  
Sonntag, 6.4.2014, 10 Uhr  
Treffpunkt: DIE LINKE, Wipperstraße 6

### BO Hermannstraße

Die Basisorganisation Hermannstraße umfasst das Gebiet zwischen Hasenheide, Karl-Marx-Str./Buschkrugallee, Teltowkanal bis zur Bezirksgrenze zu Tempelhof und Kreuzberg. Selbstverständlich sind auch Menschen eingeladen, die nicht in diesem Gebiet wohnen. Die BO trifft sich an jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat in den Räumen der Neuköllner LINKEN, Wipperstraße 6, 12055 Berlin.  
Die nächsten Termine:  
Mittwoch, 9.4.2014, 19 Uhr  
Mittwoch, 23.4.2014, 19 Uhr

### BO Neukölln-Süd

Die Basisorganisation Neukölln-Süd ist eine Untergliederung des Bezirksverbandes. Sie trifft sich zu Versammlungen und gemeinsamen Info-Ständen. Sie diskutiert aktuelle, regionale und bundesweite Themen.  
Die BO trifft sich wieder regelmäßig im Gemeinschaftshaus Gropiusstadt am Bat-Yam-Platz 1 (Fahrverbindung: U-Bhf. Lipschitzallee).  
Die nächsten Termine:  
Dienstag, 1.4.2014, 19 Uhr  
Dienstag, 15.4.2014, 19 Uhr  
Dienstag, 29.4.2014, 19 Uhr  
Dienstag, 13.5.2014, 19 Uhr

### BO Rixdorf

Die Basisorganisation Rixdorf ist eine regionale Untergliederung des Bezirksverbandes der LINKEN in Neukölln und umfasst das Gebiet zwischen der Grenze zu Treptow im Norden, dem Teltowkanal im Osten, der Karl-Marx-Straße (einschließlich) im Süden und der Fuldastraße (einschließlich) im Westen.  
Die BO trifft sich zweiwöchentlich jeweils donnerstags um 19 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN Neukölln, Wipperstraße 6, 12055 Berlin.  
Die nächsten Termine:  
Donnerstag, 10.4.2014, 19 Uhr  
Donnerstag, 24.4.2014, 19 Uhr  
Donnerstag, 8.5.2014, 19 Uhr

### BO Reuterkiez

Die Basisorganisation Reuterkiez engagiert sich gegen wachsende Armut im Kiez und für Kampagnen wie gesetzlichen Mindestlohn, Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes und bessere Ausbildungschancen für Jugendliche. Um für soziale und friedenspolitische Themen mehr Akzeptanz und Unterstützung im Bezirk zu gewinnen, organisieren die BO regelmäßig Info-Stände. Die Basisorganisation Reuterkiez trifft sich alle zwei Wochen montags jeweils von 19 bis 21 Uhr im „Verein iranischer Flüchtlinge“, Reuterstraße 52 (unweit U-Bhf. Hermannplatz).  
Nächste Termine und Themen:  
[www.die-linke-neukoelln.de](http://www.die-linke-neukoelln.de)

### BO 44

„44“ steht für die Bezeichnung des früheren Postzustellbezirks des nördlichen Neukölln und zeigt, dass wir uns auch mit der konkreten Situation in unserem Bezirk beschäftigen wollen. Genertifizierung und Verdrängung etwa, das Zusammenleben in den Neuköllner Kiezen, die Bedeutung antirassistischen Engagements, aber auch die gefährlichen Zunahme neofaschistischer Aktivitäten in Neukölln sind einige dieser Themen.  
Nächste Treffen siehe: [www.die-linke-neukoelln.de/bezirksverband/strukturen/bo\\_44/](http://www.die-linke-neukoelln.de/bezirksverband/strukturen/bo_44/)

### AG Antifaschismus/Antirassismus

Die Arbeitsgruppe Antifaschismus/Antirassismus (AntiFaRa) im Bezirksverband DIE LINKE.Neukölln trifft sich, um Aktionen vorzubereiten, zum Beispiel für die Mobilisierung zu Blockaden gegen Aufmärsche von Neonazis. Mitglieder der Arbeitsgruppe sind in verschiedenen antifaschistischen und antirassistischen Bündnissen in Neukölln aktiv.  
Kontakt: [irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de](mailto:irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de)

### AG Hartz IV

Der Arbeitskreis Hartz IV (AG) ist eine Arbeitsgemeinschaft des Bezirksverbandes der LINKEN in Neukölln. Die AG trifft sich an jedem zweiten Mittwoch im Monat um 17.30 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN Neukölln, Wipperstraße 6, 12055 Berlin - nahe S- und U-Bhf. Neukölln. Nächstes Treffen:  
Mittwoch, 9.4.2014, 17.30 Uhr  
Kostenlose Hartz-IV-Beratung  
Mittwoch, 9.4.2014, 14 bis 16 Uhr  
Mittwoch, 23.4.2014, 14 bis 16 Uhr  
DIE LINKE, Wipperstraße 6

### BVV-Fraktion DIE LINKE

Bürozeiten: Montag von 16 bis 20 Uhr und Donnerstag von 10 bis 14 Uhr  
Telefon: 030 / 90239-2003  
Rathaus Neukölln, Raum A 307  
Öffentliche Fraktionsitzungen  
DIE LINKE in der BVV Neukölln  
28.4, 5.5. jeweils um 18 Uhr  
Rathaus Neukölln, Raum A 307  
Mai-Sitzung der BVV  
Mittwoch, 7.5.2014, 17 Uhr,  
Rathaus Neukölln, BVV-Saal

Weitere Termine, wie Infostände und Aktionen, im Internet:  
[www.die-linke-neukoelln.de](http://www.die-linke-neukoelln.de) oder bei Facebook: DIE LINKE. Neukölln

**Vormerken:  
Maifest  
auf dem  
Mariannenplatz  
in Kreuzberg  
am 1. Mai 2014**

# „Krieg wird gemacht! Wir stellen uns dagegen!“

**DIE LINKE ruft zur Teilnahme am Berliner Ostermarsch 2014 auf**



Foto: Uwe Hilsch

„Krieg darf kein Mittel der Politik sein!“ ist eine zentrale Forderung des Ostermarsches. Deshalb: „Keine deutsche Interventionsarmee und sofortiger Rückzug aus allen Auslandseinsätzen und Abrüstung der Bundeswehr.

**Auf dem Ostermarsch werden in diesem Jahr, stärker vielleicht als bei zurückliegenden Osterdemonstrationen, zentrale Fragen von Krieg und Frieden im Mittelpunkt stehen.**

**A**nlass sind neben aktuellen Anlässen zwei Jahrestage: Vor 100 Jahren: Ausbruch des 1. Weltkriegs, vor 75 Jahren: Ausbruch des 2. Weltkriegs. Ausbruch, fragt die Friedensbewegung? Kriege brechen nicht aus, Kriege werden geplant und durchgeführt.

Im Aufruf zum Ostermarsch heißt es dazu unter anderem:

„Wir lassen uns nichts vormachen: Eine Regierung, die im Interesse der Großindustrie und Banken den Sozialabbau zuhause und in der EU vorantreibt, sucht auch weltweit diese

Interessen zu schützen. Es geht um die Sicherung und Ausdehnung des Zugangs zu Rohstoffen und Märkten. Diese Interessen sehen NATO- und EU-Staaten besonders bedroht durch die wirtschaftlich aufsteigenden und von den westlichen Bündnissen unabhängigen Länder.“ Weil die Bevölkerung hierzulande für Krieg nicht zu begeistern ist, will die Bundesregierung ihre Propaganda für weltweite Interventionen verstärken. Auch dagegen demonstriert der Ostermarsch.

*Der Ostermarsch am Sonnabend, 19. April 2014, beginnt um 12 Uhr an der Weidendammer Brücke am Bahnhof Friedrichstraße. Abschluss gegen 14 Uhr an der Neuen Wache, Unter den Linden, sein.*

Infos: [www.frikoberlin.de](http://www.frikoberlin.de)

## Angesichts der aktuellen Eskalation von Obama und Putin fordert DIE LINKE: **Machtspiele beenden – Kriegsgefahr stoppen**

**Der Parteivorstand der LINKEN hat auf seiner Sitzung am 22. März einmütig die folgende Erklärung zur Lage in der Ukraine und auf der Krim verabschiedet:**

**W**ir verfolgen mit Besorgnis die Entwicklungen in der Ukraine und auf der Krim. Wir verurteilen die militärischen Drohgebärden der Russischen Föderation, der ukrainischen Regierung und der NATO. Die Antwort auf die völkerrechtswidrige Abtrennung der Krim durch die Russischen Föderation, welche wir verurteilen, muss in der Diplomatie liegen – Krieg kann keine Probleme lösen und darf kein Mittel der Politik sein. Erst Recht nicht 100 Jahre nach Beginn des 1. Weltkriegs, in einem Land, das unsäglich unter dem 2. Weltkrieg und dem Angriffskrieg Nazi-Deutschlands litt.

Sicherheit in Europa muss zivile Sicherheit unter der Einbeziehung Russlands sein. Weiter noch: zur Einigung Europas gehört Russland.

Die Ukraine macht deutlich, dass die nie verlassene Logik des Kalten Krieges, die Idee der Dominanz, der sich am augenfälligsten an der NATO-Osterweiterung festmacht, Gift für die weitere friedliche Entwicklung des Kontinents ist. Hier hat jede Seite ihre Hausaufgaben zu

machen: weg von der Idee der Hegemonie, hin zu einer wirklichen Kooperation und Stärkung des Völkerrechts, der OSZE und des Europarates, die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem in Europa unter Einbeziehung Russlands. Der Kosovo und andere völkerrechtswidrige Vorgehen fallen dem Westen nun auf die Füße: Es ist offensichtlich, dass nicht Völkerrecht, sondern Interessen Kompass seiner Politik sind – genau wie für Putin, den Mann dem sie jetzt Völkerrechtsbruch vorwerfen. DIE LINKE ist die Partei des Völkerrechts – es muss ohne Wenn und Aber in alle Richtungen gelten und darf nicht weiter zur rhetorischen Floskel verkommen.

Sanktionen sind die falsche Antwort auf die russischen Völkerrechtsverletzungen. Wir brauchen den Mut zu einem positiven Politikansatz – weg von der Konfrontation, hin zu einer wirklichen Perspektive für Sicherheit in ganz Europa.

Die innenpolitische Situation der Ukraine ist Ausdruck einer gesellschaftlichen Spaltung, die mit der langen Geschichte des jungen Nationalstaats beginnt und sich vor dem Hintergrund des Versagens der politischen Eliten aller Couleur,

des gewaltigen Einfluss der Oligarchen und der extremen sozialen Polarisierung im Land weiter verschärfte. Diese Vielzahl von Problemen wurde von Moskau, Brüssel und Berlin übergangen: das fragile Land wurde vor eine Entscheidungssituation – Zollunion mit Russland oder Assoziierungsabkommen mit der EU – gestellt, die das Land nun zu zerreißen droht und reale Kriegsgefahr mit sich bringt. Diese Verdrängung einer möglichen OSZE-Mission durch eine EU-Mission in der Ukraine ist nicht deeskalierend. Die EU ist nicht neutral in diesem Konflikt.

Diese Kriegsgefahr wird durch die fortgesetzte russische Truppenmobilisierung an der Grenze zur Ukraine noch weiter verschärft. Gegenwärtig vertieft sich die Spaltung der Ukraine weiter: Die nicht verfassungsgemäß zustande gekommene neue Regierung hat kein integrierendes Potenzial und spricht nur für einen Teil der Bevölkerung. Mit der Beteiligung von Faschisten an der neuen Regierung, die nicht vor Terror gegen Journalistinnen und Journalisten und Parteibüros Andersdenkender zurückscheuen, wird, wie auch der ehemalige EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen in deutlichen Worten sagt „ein fataler Tabubruch“ begangen, da

„zum ersten Mal in diesem Jahrhundert völkische Ideologen, richtige Faschisten“ in eine Regierung gelassen werden. Wir fordern die Bundesregierung und die EU dazu auf, die Beteiligung faschistischer Kräfte an der Regierung nicht weiter zu tolerieren. Die Unterzeichnung des politischen Teils des Assoziierungsabkommens ist ein falsches Signal: die ukrainische Übergangsregierung wird so zu einem „weiter so“ ermutigt werden. Das neoliberale EU-Assoziierungsabkommen lehnen wir ab: Die Politik der EU gegenüber der Ukraine war nicht von einem Geist der Kooperation getragen – im Gegenteil: die Ukraine wurde zur geopolitischen Option, dies zeigen auch die militärischen Teile des EU-Assoziierungsabkommens.

Die Unterstützung der neuen Regierung durch die EU und Deutschland sehen wir aus einem weiteren Grund äußerst kritisch: Die Vaterlandspartei ist eine Vertreterin des alten, verkrusteten und korrupten Politikstils, nach dessen Ende sich die Ukrainerinnen und Ukrainer sehnen. Die Menschen in der Ukraine brauchen die Chance für einen wirklichen Neuanfang: dazu gehört auch, dass etwaige wirtschaftliche Hilfen auf die Verbesserung der desolaten sozialen Lage zielen.

## Neu-Köllnisch

April 2014

Neu-Köllnisch wird herausgegeben von der Partei DIE LINKE, Landesverband Berlin  
Auflage dieser Ausgabe: 5.000

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln  
Wipperstraße 6, 12055 Berlin,  
Tel./Fax: 030-6135919

Bankverbindung:  
DIE LINKE, Neukölln,  
Berliner Bank  
IBAN: DE16100708480525607801

Redaktionsschluss: 27.3.2014  
Beiträge für die nächste Ausgabe  
bitte bis zum 25.4.2014

Namentlich gekennzeichnete Artikel  
müssen nicht der Ansicht des Heraus-  
gebers entsprechen.

## Auf ein Wort: „Freihandel“

EU und US-Regierung verhandeln über TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership). Vorgeblich über den Abbau von „Handelshemmnissen“. Stimmt das? Standards sollen angepasst werden. Erlaubt werden soll, wogegen wir uns bisher erfolgreich gewehrt haben: Gentechnik im Essen, Hormonfleisch, mit Chlor desinfizierte Hähnchen usw. Auch die Sozialstandards kommen unter die Räder. DIE LINKE meint: Diese Verhandlungen müssen sofort gestoppt werden. KDH

## DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

DIE LINKE, Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zur Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.

Die Beratung findet statt an jedem zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle DIE LINKE, Neukölln in der Wipperstraße 6 (S- und U-Bhf Neukölln).

Für Nachfragen und zur Terminanmeldung steht Franziska Lorenz-Hoffmann (030-53 08 46 26, franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de) gerne zur Verfügung.

# Wohnen, Bauen, Bürgerwillen

## Neubau ist kein Allheilmittel

**Die Mieten steigen weiter. Besonders beim Einzug schlägt der Vermieter auf. Das kennen viele aus leidvoller Erfahrung. Dagegen setzt der Senat den schnellen Neubau.**

Er läßt Wohnbaupotenzialstudien anfertigen um Bauflächen aufzuzeigen und schafft eine Leitstelle zur Beseitigung aller Bauherrenprobleme.

### Was soll gebaut werden?

Meistens Eigentumswohnungen. Selbst subventionierte Wohnungen wären so teuer, dass sie von Mietern mit geringem Einkommen nicht bezahlt werden könnten.

In Neukölln ist man nicht einmal bereit, die Möglichkeiten des Bebauungsplanverfahrens zu nutzen, um über städtebauliche Verträge wenigstens einen Anteil preiswerterer Wohnungen durchzusetzen.

Ohne Mieterschutz wird auch der Dachausbau (samt Fahrstühlen) zur weiteren Aufwertung in Nord-Neukölln führen.

### Wer den Bestand nicht schützt, dem traut man auch beim Neubau nicht.

Bekannterweise ist das Tempelhofer Feld die interessanteste Freifläche Berlins. Ende November tagte im Flughafengebäude eine Lobbyorganisation von Großinvestoren. ULI-Mitglieder bauen in Stuttgart und Istanbul. Die Senatsbaudirektorin war Schirmherrin der Veranstaltung. Vertreter des Neuköllner Bezirksamtes führten über das Feld und durch angrenzende Kieze. Zugleich gibt es die Diskreditierung bürgerschaftlichen Engagements. Die Berliner SPD beschwört mit Vokabeln des Kalten Krieges den Kampf gegen die „Blockade“ des

Tempelhofer Feldes durch das Volksbegehren. In Neukölln wird der Antrag der LINKEN abgelehnt bei größeren Bauvorhaben öffentliche Beteiligungsveranstaltungen durchzuführen.

Aber es geht nicht nur darum informiert werden was geplant ist, sondern Einfluß darauf nehmen zu können, was in unserer Stadt passiert. Das Neuköllner Mietenbündnis hat deshalb am 3. Februar auf einem zweiten Treffen beraten, diesmal in der Richard-Schule. Spätestens für 2015 gilt es, Milieuschutzgebiete im Bezirk einfordern. Und die Diskussion zum Neubau zu eröffnen. Darüberhinaus hat der Baustadtrat die Oppositionsparteien aufgefordert, statt Versäumnisse bei der Verwaltung zu suchen, selbst Veranstaltungen zu organisieren. Auch das werden wir tun!

Marlis Fuhrmann



Foto: NaturFreunde Berlin

## Mitmachen, Weitersagen, Buttons verteilen! „Ticketteilen!“ - Buttonkampagne der NaturFreunde Berlin

**Worum geht es? Die Idee besteht darin, politische Forderungen mit solidarischer Praxis zu verbinden.**

Am Leben teilnehmen, Freunde besuchen, ins Kino gehen oder einfach in der Stadt unterwegs sein, für all dies braucht der Mensch in der Großstadt, um Busse und Bahnen nutzen zu können, ein Ticket. Leider fehlt vielen dafür das Geld, immerhin sind das für Hin- und Rückfahrt über fünf Euro. Deswegen sind viele Menschen vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen oder sogar darauf angewiesen „schwarz“ zu fahren, um nicht ins soziale Abseits zu geraten.

Die NaturFreunde rufen dazu auf, diesen Menschen die Hand zu reichen und im Alltag solidarisch zu sein. Und das geht ganz einfach, indem die legalen Möglichkeiten der Beförderungsrichtlinien der BVG offensiv genutzt werden.

Die VBB-Umweltkarten beinhalten die Mitnahme von einem Erwachsenen und bis zu drei Kindern von sechs bis einschließlich 14 Jahren montags bis freitags ab 20 Uhr sowie samstags, sonntags, am 24. und 31. Dezember sowie an gesetzlichen Feiertagen ganztägig.

Die Buttonkampagne richtet sich an Inhaber/-innen eines Umwelttickets, die solidarisch sein wollen

und dazu gut sichtbar den „ticketteilenButton“ tragen. Und andererseits an die Menschen, die sich kein Ticket leisten können, diese „Mitfahrgelegenheit“ zu erkennen und zu nutzen.

Mit der Aktion soll die zunehmende Armut in unserer Gesellschaft thematisiert und politischer Druck aufgebaut werden, um langfristig eine neue gesellschaftliche Debatte über die kostenlose Nutzung des Berliner ÖPNV zu führen.

Buttons und Informationsmaterial kostenlos bestellen unter [info@naturfreunde-berlin.de](mailto:info@naturfreunde-berlin.de)  
Mehr unter [www.ticketteilen.org](http://www.ticketteilen.org)